

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

10. Jahrgang.

Samstag, 15. November 1930.

Nr. 268.

Der Mieterschutz.

Fertigstellung durch den Ministerrat.

Prag, 14. November. Das hartnäckige Ringen, das sich seit geraumer Zeit innerhalb der Koalition und der Regierung um die Verlängerung des ablaufenden Mieterschutzes abspielte, hat heute in den späten Abendstunden nach vielen kritischen Momenten dadurch seinen Abschluß gefunden, daß der Ministerrat der am Montag im Parlament einzubringenden Vorlage seine Zustimmung erteilte. Eine genauere Besprechung der getroffenen Änderungen wird erst möglich sein, bis der Text im Wortlaut vorliegt. Vorläufig kann gesagt werden, daß es den sozialistischen Parteien gelungen ist, dem Kastrum von bürgerlicher Seite standzuhalten und den bisherigen Mieterschutz bis auf kleinere Änderungen für ein weiteres ganzes Jahr aufrechtzuerhalten. Was dies eigentlich für einen Erfolg bedeutet, kann nur der ermessen, der die ursprünglichen Gegenanträge von bürgerlicher Seite kannte: Generelle Mietzinssteigerungen, wesentliche Vermehrung der Kündigungsgründe und vor allem für alle Wohnungen Vertragsfreiheit, die praktisch das Ende jedes Mieterschutzes bedeutet hätte.

Demgegenüber läßt die neue Novelle Mietzinssteigerungen nur in ganz beschränktem Umfang, und zwar nur bei gewerblichen Betriebsstätten und bei Mietern zu, die ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 45.000 K aufweisen. Alle anderen Mieter, also namentlich die sozial schwachen und schwächsten, bleiben von Mietzinssteigerungen, die sich für sie gerade heute in der schweren Krisenzeit doppelt verhängnisvoll auswirken müßten, gänzlich verschont. Nach den Bestimmungen der letzten Novelle hatten Mieter mit einem Einkommen von über 60.000 K einen Zuschlag zur Grundmiete zu zahlen, der je nach der Kinderzahl 30, bzw. 35 und bei mindestens vier Kindern 300 Prozent betrug.

Diesen Bestimmungen analog wird nunmehr eine Mietzinssteigerung um insgesamt 250 Prozent der Grundmiete zugelassen für Personen, die mehr als 45.000 Kronen jährlicher Einnahmen verdienen; bei drei Kindern ermäßigt sich dieser Prozentsatz auf 225, bei vier und mehr Kindern auf 200 Prozent. Bisher haben diese Personen je nach der Zimmeranzahl bereits einen Zuschlag von 120 bis 150 Prozent gezahlt. Die Grenze von 45.000 Kronen war das Ergebnis eines tagelangen erbitterten Kampfes, da die Gegenanträge von tschechisch-bürgerlicher Seite sie bis auf 35.000 Kronen heruntersetzen wollten.

Bei kleinen gewerblichen Betriebsstätten hält sich die Erhöhung in engen Grenzen; statt bisher 110 Prozent wird sie 130 oder 140 Prozent betragen — um diese 10 Prozent gab es in den heutigen Beratungen noch große Auseinandersetzungen, deren Ergebnis uns zur Stunde noch nicht bekannt ist. Für kleinere Betriebsstätten wird der Zuschlag zur Grundmiete von 120 auf 200, für große Betriebe, von 180 auf 350 Prozent hinaufgesetzt.

Eine weitere Bestimmung besagt, daß der Staat und die Selbstverwaltungskörper für gemietete Räumlichkeiten so viel zu bezahlen haben, wie Mieter mit einem Einkommen von mehr als 60.000 Kronen, d. h. einen 350prozentigen Zuschlag entrichten müssen.

Ferner kann der Hausherr, der das Haus mindestens zwei Jahre im Eigentum hat, für sich bzw. seine Familienangehörigen, in seinem Haus eine Wohnung freimachen, ohne die Verpflichtung, eine Erlagswohnung beistellen zu müssen, falls diese Personen bisher keine entsprechende Wohnung haben, und in seinem Hause auch keine nicht unter dem Mieterschutz stehende Wohnung frei ist, und unter der weiteren Einschränkung, daß dem gekündigten Mieter dadurch kein schwerer sozialer Nachteil zugefügt wird. Durch letztere Bestimmung sind wieder die sozial schwachen Schichten entsprechend geschützt.

Die Vorlage wird nunmehr am Montag dem Parlament vorgelegt werden, wird sofort in die Ausschüsse kommen und am Mittwoch, und Donnerstag vom Plenum verabschiedet werden. Ende der Woche wird sie dann noch dem Senat zugewiesen werden.

Auf Rothau folgt Neudorf!

Bevorstehende Entlassungen im Eisenwerk Neudorf und in der Neudorfer Wollkammerei und Kammgarnspinnerei. — Mehr als tausend Menschen betroffen?

Aus Neudorf im Erzgebirge wird uns geschrieben: Im Zuge der mit der Ueberführung des Rothau-Schindlwalder Betriebes der Rothau-Neudorfer Eisenwerke N.-G. nach Karlshütte in Mähren im Zusammenhang stehenden Nationalisierungsaktion droht nunmehr eine neuerliche und bedauerlicher Weise sehr empfindliche Einschränkung des Neudorfer Unternehmens, die geeignet erscheint, schwere Befürchtungen um die Zukunft Hundertter von Arbeiter- und Angestelltenfamilien dieser Stadt und ihrer Umgebung herbeizurufen. Wie aus zuverlässiger Quelle verlaublich wird, wird der dieser Tage ausgesprochenen Kündigung von etwa zwanzig Beamten des Neudorfer Betriebes bis Ende des Jahres die Entlassung von fast tausend Arbeitern und Angestellten folgen, für deren spätere Wiedereinstellung vorderhand keinerlei Garantien vorhanden erscheinen, so daß über kurz oder lang die Stadt Neudorf das Schicksal des durch die Stilllegung der Blechwalzwerke dem Krumm ausgelieferten Rothau teilen wird, um so mehr, als auch die Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei, das größte Unternehmen Neudorfs und des ganzen Erzgebirges überhaupt, eine erhebliche Restriktion des Beamten- und Arbeiterschaftskörpers vorbereitet, durch welche etwa vierzig Beamte und Angestellte und gegen-

sechshundert Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden dürfen.

Wenn in Berücksichtigung gezogen wird, daß das gesamte Geschäftsleben Neudorfs mit dem Schicksal der in den beiden größten Betrieben der über 8000 Einwohner zählenden Stadt aufs innigste verknüpft ist (das Eisenwerk beschäftigt bisher gegen 2000, die Wollkammerei und Kammgarnspinnerei mehr als 5000 Personen), dann erst lassen sich die unvermeidlichen trüben Folgen ersehnen, zu denen unweigerlich die geplanten Entlassungen führen müssen. Waren schon in den ersten zwei Dritteln des heurigen Jahres die geschäftlichen Verhältnisse in dieser einst blühenden Erzgebirgsstadt trüb zu nennen und war in der gleichen Zeit ein bedenklicher Zuwachs an Auswanderern zu verzeichnen, so ist nunmehr, da die Kaufkraft sinkend in der Stadt und im Bezirk lahmgelegt werden soll, das Aergste zu befürchten, da es völlig ausgeschlossen erscheint, daß stattdessen Fürsorge auch nur in annäherndem Maße den Verdienstausfall dieser vor das Nichts gestellten Leute ersetzen kann. Der Katastrophe von Rothau folgt eine neue, nicht minder schwer wiegende: daß sie mit dem Beginn der gerade in diesem Gebiete strengen Winterzeit zusammenfällt, macht sie zur Tragödie.

Die Christlichsozialen für den Abbau des Mieterschutzes.

Die Christlichsozialen Landesvertreter Böhmens stimmen für einen Antrag auf den Abbau des Mieterschutzes.

Wir haben bereits darüber berichtet, daß es in der Schlusssitzung der böhmischen Landesvertretung am Mittwoch zu einer Kampf-Abstimmung zwischen bürgerlichen und sozialistischen Parteien in der Frage des Mieterschutzes gekommen ist. Ein tschechischer Agrarier hatte nämlich den Antrag gestellt, die Landesvertretung möge sich dahin aussprechen, daß der Mieterschutz auf alle jene abgebaut werde, die Personaleinkommensteuer zahlen. Der tschechische Nationaldemokrat Dr. Mandl stellte demgegenüber den Abänderungsantrag, wonach sich die Landesvertretung für den definitiven Abbau („odbourani“, d. h. wörtlich Demolierung) des Mieterschutzes aussprechen möge. Der Vorsitzende ließ nun den Abänderungsantrag Dr. Mandl zur Abstimmung bringen und hierbei stimmten die deutschen Christlichsozialen ebenso wie die tschechischen Merkulaner mit den anderen

bürgerlichen Parteien für den Antrag und bewirkten so, daß der Antrag mit einer geringen Mehrheit gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen wurde.

Die „Deutsche Presse“ kommt nun in ihrer geistreichen Kammer auf diese Abstimmung zu sprechen und behauptet, die christlichsoziale Partei habe Stimmeneinheit geübt und daß die Nachricht des „Sozialdemokrat“ falsch sei. Demgegenüber stellen wir fest und dies kann von Augenzeugen der Abstimmung bezeugt werden, daß die Christlichsozialen tatsächlich für den Antrag Dr. Mandl gestimmt und damit ihre Mieterschutzfeindschaft der ganzen Landesvertretung und der gesamten Öffentlichkeit vor Augen geführt haben. Die falsche Mieterschutzfeindschaft der Christlichsozialen, die sie oft posieren, ist damit entlarvt und alle Mieter wissen nun, daß die Christlichsozialen Feinde des Mieterschutzes sind.

Attentat auf den japanischen Ministerpräsidenten

Bauchschuß. — Der Täter verhaftet.

Tokio, 14. November. Auf den japanischen Premierminister Yamaguchi wurde hier heute früh am Bahnhof ein Schuß abgefeuert. Die Kugel drang dem Premierminister in den Unterleib. Der Täter, ein junger Mann, wurde verhaftet bevor er Zeit hatte, einen zweiten Schuß abzufeuern. Der Premierminister wollte sich zur Zeit des Attentats nach Nagama begeben, um den großen Jahresmandopern beizuwohnen.

Der verwundete Ministerpräsident wurde in ein Spital transportiert, wo sogleich zu einer

Operation geschritten wurde, doch konnte die Kugel nicht aus der Bauchhöhle entfernt werden. Nach einer zweimal erfolgten Bluttransfusion kam der Ministerpräsident wieder zu Kräften. Die Ärzte hoffen, daß er sich bald erholen werde, da keine Komplikationen eingetreten sind.

Der Attentat ist ein junger Mann namens Sagoja. Er steht im 23. Lebensjahr und ist Mitglied einer reaktionären Organisation, die unter dem Namen „Patriotischer Bund“ bekannt ist.

Baugoin auch in den Kasernen getötet!

Wien, 14. November. (Eigenbericht.) Heute wird das Ergebnis der Nationalratswahlen in den Kasernen bekannt. Während bei den Beträuungsmandatwahlen der Soldaten, bei denen sich der Druck der Offiziere ganz unmittelbar auswirkt und auch das Wahlgeheimnis nur sehr unvollkommen bewahrt ist, der christlichsoziale Beirbund auch in Wien eine große Mehrheit erhalten hat, hat sich jetzt bei den Nationalratswahlen gezeigt, daß die Sozialdemokratie führend ist. In den Kasernenpreuget sind einschließlich der Zivilisten 6652 Männer wahlberechtigt, davon haben 5733 abgestimmt;

die Zahl der Wehrmänner ohne Offiziere beträgt 4844. Es erhielten nun die Sozialdemokraten 2311 Männerstimmen, die Christlichsozialen 2240, der Schoberklub 480, der Heimatsklub 168, die Nationalsozialisten 461 und die Kommunisten 18 Stimmen. Die Sozialdemokraten haben also auch in den Kasernen die anderen Parteien überflügelt! Dies ist um so bemerkenswerter, als seit Jahren in die Wehrmacht nur eingeschriebene Christlichsozialer aufgenommen werden, die von den Pfarrämtern Empfehlungen haben. Für Baugoin ist das Ergebnis niederschmetternd, denn bisher wurde ihm stets als größtes Verdienst angerechnet, daß er die Wehrmacht von den Sozialdemokraten geräubert habe, während es sich jetzt zeigt, daß auch der größte Terror das nicht vermocht hat.

Die Lage in Deutschland

Von unserem Berliner Bericht-
erstatter.

In den nächsten Tagen wird der Reichstag seine Beratungen wieder aufnehmen, zunächst noch in den Ausschüssen. Für die weitere politische Entwicklung wird es entscheidend sein, welche neue Gestalt die von der Regierung im Sommer erlassenen Notverordnungen erhalten. Die Sozialdemokratie fordert die Beseitigung der Krankenschein- und Rezeptgebühr in der Krankenversicherung und zum mindesten den Erlaß von Ausnahmegesetzungen für Arbeitslose, Sozialrentner und Jugendliche. Sie wird weiter verlangen, daß die Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung wieder rückgängig gemacht werden. Bei der Frage der Kürzung der Beamtegehälter wird sie dafür eintreten, daß sie erst dann erfolgen darf, wenn sich eine fühlbare Preisfällung der Konsumgüter bemerkbar macht. Dazu wird sie eine Staffelung der Abzüge verlangen, mit stärkerer Heranziehung der hohen Bezüge und der Freilassung der untersten Gruppen.

Für die Beurteilung des vom Kabinett Brüning vorgelegten Finanz- und Wirtschaftsprogramms kommen folgende Gesichtspunkte in Betracht: Die Sozialdemokratie ist stets von der Auffassung ausgegangen, daß die Ordnung der Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden notwendig ist, um die Unabhängigkeit der Finanzverwaltung vom Privatkapital zu sichern und die Grundlage für eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu schaffen. Es ist selbstverständlich, daß neue Belastungen der arbeitenden Bevölkerung und eine zu gleicher Zeit etwa geplante Entlastung des Besitzes verhindert werden muß. Für die endgültige Entscheidung der Sozialdemokratie wird die Beurteilung der gesamtpolitischen Situation ausschlaggebend sein. Die Reichstagsfraktion wird zu erwägen haben, ob durch vorbehaltlose Ablehnung des Finanzprogramms die Regierung Brüning gestürzt und damit das wirtschaftliche und politische Chaos herbeigeführt werden soll; oder ob das Interesse der Arbeiterklasse gebietet, auch eine augenblicklich unpopuläre Entscheidung zu treffen, um weit Schlimmeres zu verhüten.

In manchen Kreisen wird mit der Vorstellung gespielt, daß es gar nicht so schlimm wäre, wenn die Sozialdemokratie durch ihre Entscheidungen den Sturz des Kabinetts Brüning herbeiführen würde. Man glaubt dort, daß in solchem Fall der bisherige Reichstanzler Brüning mit der Leitung eines geschäftsführenden Ministeriums betraut werden wird, das unter dauernder Ausschaltung des Reichstages zu regieren hätte. Die Sozialdemokratie befände sich dann in einer sehr günstigen agitatorischen Lage, denn sie wäre von jeder Verantwortung frei und sie könnte ihre ganze Stoßkraft gegen das Zentrum richten, das die unpopulären Maßnahmen ihres Reichstanzlers zu verantworten hätte. Bei den neuen Reichstagswahlen würde dann die Sozialdemokratie die Früchte ihrer Oppositionspolitik ernten. Diese Vorstellung geht von ganz falschen Voraussetzungen aus. Das Zentrum, das ja auch viele Arbeiter in seinen Reihen hat, wird gar nicht daran denken, die alleinige Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen zu tragen. Es besteht vielmehr die Gewißheit, daß jeder Regierungssturz, an dem die Sozialdemokratie führend beteiligt ist, die Bildung einer Rechtsregierung zur Folge haben wird. Eine Rechtsregierung bedeutete im jetzigen Augenblick aber nichts anderes, als eine verästelte faschistische Regierung, der in kurzer Zeit die offene faschistische Diktatur folgen würde.

Da die Nationalsozialisten nach den Wahlen wiederholt erklärt haben, daß sie auf legalem Wege die Macht erringen wollen und keinen gewaltsamen Umsturz der Verfassung beabsichtigen, so wird der Reichspräsident Hindenburg keinen Grund finden, die Mit-

Verfassung zuteilt, auf das Größlichste verlegt; er hat sich aber auch über eine ausdrückliche Weisung des Innenministeriums hinweggesetzt...

Dieses Vorhaben des Prager Magistrats ist um so aufregender, als eine Reihe vollkommener, insbesondere auch sprachlich qualifizierter Bewerber vorhanden war, die mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie Deutsche seien, zurückgewiesen wurden...

Gegen dieses gefeh- und rechtswidrige Vorhaben des Prager Magistrats hat Stadtvorordneter Debera in offener Sitzung der Prager Selbstverwaltung Einspruch erhoben.

Die deutschen Parteien von Groß-Prag erheben hiermit einstimmig vor aller Öffentlichkeit Einspruch gegen den vollkommnen Ausschluß der Deutschen Prags von der Durchführung der Volkszählung.

Der Prager Stadtrat lehnt endgültig ab deutsche Zählkommissionäre zu ernennen.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrats teilte der Vorsitzende Primator Stellvertreter Doktor Stula die Beschlüsse der Sitzung des Magistratslenats betreffend die Volkszählung mit.

Bom Treiben des Eisenartells.

Wir haben bereits gestern über das gemeingefährliche Treiben des Eisenartells geschrieben und können dies heute noch in zwei Tatsachen illustrieren, die wir dem „Pravo Lidu“ entnehmen.

Spaltung der niederösterreichischen Heimwehr.

Wien, 14. November. Heute nachmittags hat eine Beratung der niederösterreichischen Gesamtheit der Heimwehren stattgefunden, an der auch Bundesführer Minister Starheimberg teilnahm.

Landesführer Ing. Raab, der als christlichsozialer Nationalrat gewählt wurde, hat sich vorläufig ohne formell auf die Landesführung vorzuziehen, von der Leitung der Geschäfte zurückgezogen.

Italiens Balkan-Aspirationen.

Stambul, 14. November. (Reuters.) Der italienische Vorkämpfer in Ankara reiste heute nach Rom, um an den Beratungen zwischen dem Außenminister Ruschi Bey mit Mussolini und Grandi teilzunehmen.

Nächste Etappe: Verwaltungsreform!

Genosse Kremser zur Gemeindefinanznovelle.

Prag, 14. November. Der Budgetausschuß beendete heute die Generaldebatte zu den Steuerentwürfen und zur Gemeindefinanznovelle; an die Spezialdebatte knüpfte sich sofort die Abstimmung über die zahlreichen Abänderungsanträge...

Genosse Kremser

zu Worte, der darauf verwies, daß die Entwurfsarbeiten einen kleinen Teil der vielen Ungerechtigkeiten und der vielen Einschränkungen der Selbstverwaltung...

Die Kreise, die diese Aenderung betrifft, haben aber gar keine Ursache, sich über eine Benachteiligung zu beklagen, denn sie haben seinerzeit bei der Steuerreform das größte Entgegenkommen des Bürgerblocks gefunden.

Den Gemeinden und Bezirken dagegen hatte man durch das Gemeindefinanzgesetz großen Schaden zugefügt. Namentlich die ohne jede Berücksichtigung der Selbstverwaltungsförderer durchgeführten Steuerabänderungen wirkten sich oft katastrophal aus...

die Steuerabänderungen einzustellen

Der Motivenbericht zur Gemeindefinanznovelle zeigt, daß man im Finanzministerium immer noch die alten Auffassungen über die Gemeindeverwaltung hat. So wird beispielweise von der „ständig steigenden Tendenz der Ausgaben der Selbstverwaltungskörper“ gesprochen.

Von Badeni zu Pilsudski.

Im „Kobornik“ veröffentlicht Gen. J. Daszynski, der Führer des demokratischen Polen im Kampfe gegen Pilsudski, den die Reaktionskräfte willkürlich von den Kandidatenliste gestrichen haben, unter dem Titel „Graf Badeni war ein kleiner Mann“ einen Artikel, der eine traurige Bilanz nicht nur der Herrschaft Pilsudski, sondern im Grunde über 30 Jahre polnischer Geschichte darstellt.

Graf Kazimir Badeni, der für lange Zeit die denkwürdigsten Werte von den „galizischen Wahlen“ hinterlassen hatte, war entschieden ein kleiner Mann. Nach dreißig Jahren lieft man von diesen „Badeniwahlen“ wie von einer Pflanzerei...

In der wiedererstandenen, unabhängigen, demokratischen Republik Polen sind viele Millionen Wähler, die Wahlen geheim, proportional, mit Kandidatenlisten, mit Nummern, mit Richtern an der Spitze der Wahlkommissionen usw. Welche Entwicklung nach 30 Jahren im freien Volk? Welch ein Schwung!

100.000 Beamte an der Seite der Regierung die sich darum reihen, offen zu wählen. 40.000 Polizisten, und wer weiß wie viel Geheimagenten stehen zum Appell.

Tausende von Pressekonfiskationen.

Tausende von Hausdurchsuchungen.

Tausende und abertausende konfisziertes...

Jahre 1927 an Zuschüssen 110, an Abgaben aber 175 Millionen eingenommen, für Brünns betragen die entsprechenden Ziffern 26:49, für Budapest 5.5:6.8 und für Olmütz 5.9:5.9 Millionen.

Der Motivenbericht führt weiter zur Entschuldigend aus, daß die an die Schöpfung des Ausgleichs fonds und die Einführung des Limits geschloffenen Hoffnungen sich nicht erfüllt hätten, weil die Gemeinden bestrebt waren, hohe Vorausschläge zusammenzustellen, um etwas aus dem Donationsfonds zu erhalten.

der Rest konnte nicht überwiesen werden, weil sich die mährische Landesverwaltung diesen Betrag einstmals einfach „ausgeborgt“ hatte!

Es mutet sehr eigenartig an, daß unter der Leitung des für die Gemeindefinanzreform verantwortlichen Herrn Cerny Gelder des Ausgleichs fonds für die Wirtschaft des Landes ausbezahlt werden. Was wäre mit einer Gemeinde geschehen, die sich ihr von dritter Seite anvertraute Gelder einfach für die laufenden Gemeindegeschäfte ausgeborgt hätte?

Für eine definitive Regelung des Finanzausgleiches zwischen Staat und Selbstverwaltungskörpern fehlt leider noch jedes statistische Material. Mit dieser definitiven Regelung wird aber auch eine Entschuldigendaktion durchgeführt werden müssen, wenn den Selbstverwaltungskörpern dauernd geholfen werden soll.

Neben dem Gemeindefinanzgesetz muß nun aber auch noch die Personalreform nobeltiert werden.

wobei in erster Linie die Ernennungen zu beseitigen sind und an die Spitze aller Selbstverwaltungskörper wieder gewählte Vorstände treten müssen. Der größte Erfolg der vorliegenden Novelle ist wohl der, daß die materielle Überprüfung der Voranschläge durch die Bürokrasie der übergeordneten Behörden wegfällt und daß die Gemeinden und Bezirke wieder im eigenen Wirkungskreis für ihren Voranschlag die volle Verantwortung tragen.

wenn auch nicht konfisziertes Aufrufe und Flugblätter.

In fünfzig Kreisen allein über eine Million Centrolen-Wähler, denen man die Kandidatenlisten ungünstig gemacht hat, so man sich mit den Stimmen der Bürger „durchmangelnden Fleiß und Aufsicht“ einen düsteren Scherz erlaubt hat.

Laufende glücklich bereitete oder zerfallener vertraulicher Wahlberatungen. Populäre Zeitungen fast geschlossen, da man sie mit Rücksicht auf Gebörshygiene einiger Hausfamilien nicht drucken darf.

Die Regierungspresse schafft Wunder. Aus dem Polen mit der schweren Krise macht sie ein Land, das durchaus nicht schlecht bestellt ist, aus der BPS hat sie die Targowica-Kristofraten gemacht, aus den Radziwills und Dubomirskis — Revolutionäre. Was will man noch mehr verlangen?

Ich erwarte einen Artikel, in dem von Brest als von einem Sanatorium erzählt wird, in dem gewisse Leute zum Schutze ihrer Gesundheit eine Entsetzungskur durchmachen. Dieser Artikel wird noch erscheinen.

Und das ist noch nicht das Ende. Eins kann uns noch trösten: daß wir noch unabhängige Berichte im Lande haben.

Graf Badeni war entschieden ein kleiner Mann.

Am die „Abrüstung“.

Genf, 14. November. Im Vorbereitenden Abrüstungsausschuß ist heute vormittags die grundsätzliche Entscheidung über die Behandlung des Meerematerials in der Abrüstungskonventionen erwirkt gefallen. Der deutsche Antrag, daß für das Landrüstungsmaterial das Prinzip der direkten Herabsetzung angenommen werden soll, wurde mit neun gegen neun Stimmen bei sieben Stimmenenthaltungen abgelehnt.

Für den deutschen Antrag haben gestimmt: Deutschland, Kanada, die Vereinigten Staaten, Italien, Dänemark, Schweden, Rußland, die Türkei und Venezuela. Dagegen stimmten: Belgien, Finnland, Frankreich, Japan, Persien, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien. Es haben sich der Stimme enthalten: Bulgarien, China, Spanien, Großbritannien, Irland, Griechenland, Norwegen. Weiter wurden je ein Antrag der sowjetrussischen und italienischen Delegation, die sich gleichfalls für das Prinzip der direkten Herabsetzung in Verbindung mit einer Herabsetzung der Meeresaufgaben ausgesprochen haben, abgelehnt.

Kalte Füße sind das Merkmal einer ungenügenden Blutkreislauf. Den Extremitäten mangelt es an der nötigen Ernährung und Wärme. Kalte Füße beeinflussen ungünstig das ganze körperliche Befinden und bilden die Ursache zahlreicher Erkrankungen. Massieren Sie täglich vor dem Schlafengehen die Beine mit dem Menthol-Franzbrantwein ALPA. Durch die Alpa-Massage wird der Blutkreislauf gehoben und in einer Weile empfinden Sie angenehme Wärme. Alpa - Ihre Gesundheit!

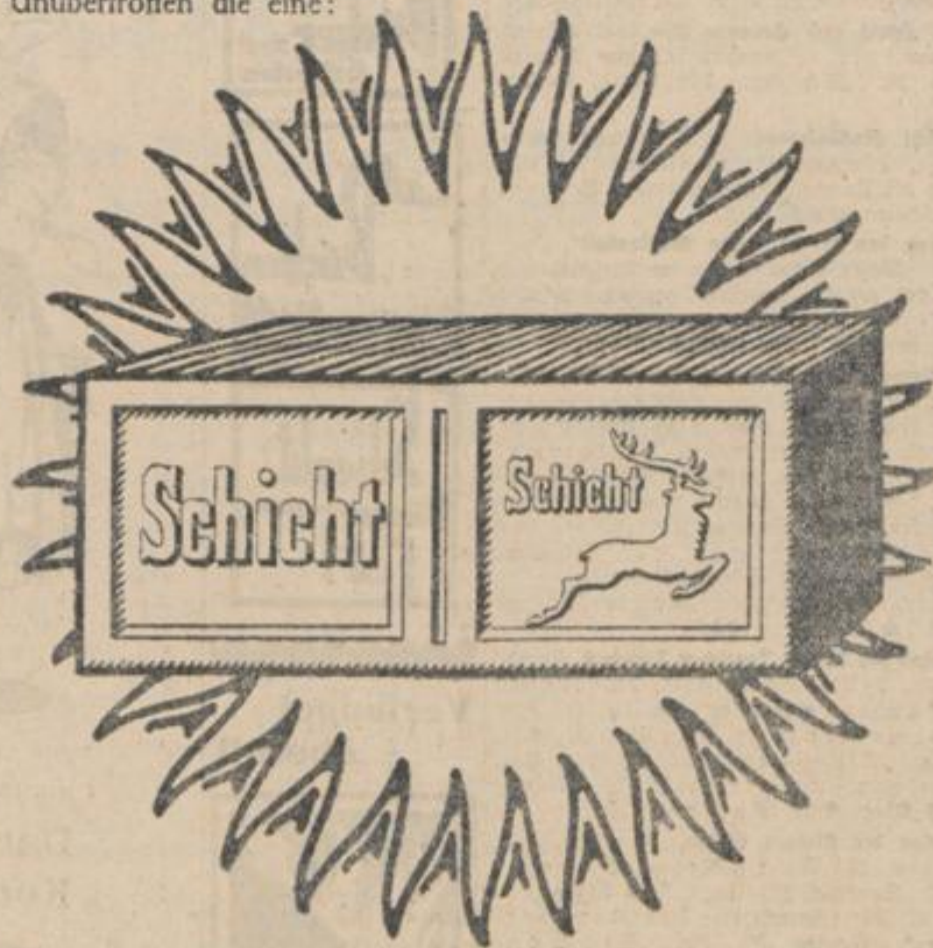
Zur bevorstehenden Volkszählung. Wie bekannt, findet am 1. Dezember 1930 in der Tschechoslowakei eine Volkszählung statt. Diese Volkszählung hat eine große Wichtigkeit für die Bevölkerung und den Staat, und wir werden noch in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, auf die soziale und nationale Bedeutung der Volkszählung für die deutsche Bevölkerung dieses Staates hinzuweisen. Augenblicklich am aktuellsten ist die Frage der Ernennung der Zählkommissionäre. Eine richtige, unparteiische Zählung kann nur durch streng sachliche, unparteiische Zählkommissionäre und Zählrevisoren gewährleistet sein. Um der Erhebungsarbeit alle Hindernisse möglichst aus dem Wege zu räumen, ist es notwendig, daß die Bevölkerung mit allen Zählorganen in ihrer Muttersprache verkehren kann. Diese gerade und zweckmäßige Forderung ist im Interesse einer wahrheitsgetreuen Zählung und im Sinne einer wirklichen Gleichberechtigung aller Staatsbürger und Nationen nur voll erfüllt, wenn bei der Ernennung der Zählorgane der Bevölkerungschlüssel in jeder Gemeinde zugrunde gelegt wurde oder vor allem in den gemischten Gemeinden oder in Gemeinden mit Ausnahmzählung für jeden Wahlbezirk ein tschechischer und ein deutscher Zählkommissionär zwecks gemeinsamer Amtshandlung ernannt werden. Wo dies nicht geschehen ist, ist es dem deutschpolitischen Arbeitssamt in Prag, Graden (Platz) 26, Telefon 24018, unter genauer, wahrheitsgetreuen Angaben zu melden. Im Hinblick auf die Bedeutung der Durchführung der Zählung auch durch deutsche Zählorgane ist aber auch jeder Deutsche unbedingt verpflichtet, überall das Amt eines Zählkommissionärs oder Zählrevisors zu übernehmen und gewissenhaft auszuüben. Hierzu verpflichtet ihn auch das Gesetz, das eine Ablehnung nur dann gestattet, wenn Gründe vorliegen, deren Tragweite eine Wahl in die Gemeindevertretung nicht annehmen muß. Zur Übernahme der Funktion eines Zählkommissionärs und Zählrevisors ist man nur in seinem Wohnort verpflichtet. Diese Bestimmung sollte es daher verbieten, daß z. B. tschechische Zählorgane aus der einen Gemeinde (tschechisch oder gemischt) in eine andere Gemeinde (deutsch oder gemischt) und umgekehrt zugeteilt werden. Jeder solche Fall ist ebenfalls sofort dem deutschpolitischen Arbeitssamt zu melden. Dokumente für die Volkszählung vorbereiten! Bei der bevorstehenden Volkszählung müssen die einzelnen Daten dem Zählkommissionär auf Verlangen durch Dokumente und andere Befehle bewiesen werden. Es ist daher zweckmäßig, wenn sich die deutsche Bevölkerung schon jetzt um solche Dokumente und Befehle kümmert. Außer den Dokumenten für Geburtsdaten, Trauung, Religion oder Konfessionlosigkeit, Ehescheidung, Ehrennennung usw. sind besonders wichtig die Beweise für die Staatsbürgerschaft, die ständige Anwesenheit in einer Gemeinde und die Nationalität (Muttersprache). Die Staatsbürgerschaft beweisen Heiratsurkunden, Staatsbürgerregistration oder Reisepaß. Die ständige Anwesenheit kann hauptsächlich durch die Befestigung vom Meldeamt der Gemeinde bewiesen werden. Die deutsche Nationalität (Muttersprache) erweisen diesbezügliche Dokumente über die Eltern, ferner deutsche Schulzeugnisse, der Vermerk der deutschen Muttersprache im Militärbuch oder in sonstigen Dokumenten und schließlich auch Mitgliedsurkunden von Vereinen, die nur Deutsche aufnehmen. Als Beweis vor der Behörde kommen auch Zeugen in Frage. Alles irgendwie in Betracht kommende Beweismaterial ist schon jetzt von jeder mündigen Person zu sammeln. Darüber, unter welchen Voraussetzungen sich jemand zur deutschen Nationalität (Muttersprache) bekennen kann und muß, werden wir demnächst berichten.

Für Funktionäre der Selbstverwaltung. Armen- und Heimatrecht.

Frage: Begründet die eigenmächtige Abtransportierung eines Armen durch die Wohnungsgemeinde in die Heimatgemeinde einen Ersatzanspruch dieser gegen die letztere nach § 28 des Heimatgesetzes?

Antwort: Das hängt davon ab, ob die Transportierung des Armen als eine Maßregel aufzufassen ist, die nach § 28 des H.G. wirksam als notwendige Unterstützung im Falle augenblicklichen Bedürfnisses anzusehen ist. Im allgemeinen wird eine Abtransportierung des Armen nicht als eine Maßnahme anzusehen sein, die ihm in seiner persönlichen Not helfen könnte und zweckmäßig wäre, wie die provisorische sofortige Maßnahme der Gewährung einer entsprechenden hohen Unterstützung. Das Oberste Verwaltungsgericht hat in seinem Erkenntnis vom 8. März 1928, Zahl 5598/28, ausgesprochen, daß eine Aufnahmestelle, welche einen fremden Angehörigen, der aus der Wohnung gerichtlich delogiert wurde, ohne sich überhaupt um seine Begünstigung zu kümmern, eigenmächtig in seine Heimatgemeinde überführen ließ, von dieser Gemeinde keinen Ersatz der Transportauslagen verlangen kann. Diese Rechtsansicht hat das Oberste Verwaltungsgericht auch in seinem Erkenntnis vom 9. Mai 1930, Zahl 5721, beibehalten, da es entschied, daß es um keine Maßnahme der Armenfürsorge im Sinne des § 28 des Heimatgesetzes geht, wenn eine Aufnahmestelle einen fremden Gemeindegewohnen, welcher um Verdienst und Erwerb in diese überführt, von der Heimatgemeinde kein Ersatz der Ueberführungsauslagen gefordert werden, außer es wäre diese Ueberführung nach den gegebenen Verhältnissen zweckmäßig und nötig, damit dem Armen in seiner augenblicklichen Not geholfen werden könnte. Daran ändert auch nichts — wie das Oberste Verwaltungsgericht in seiner Begründung ausführt, daß der Arme um diese Ueberführung selbst ersuchte, denn der Arme hat auf eine bestimmte Art der Hilfe keinen Anspruch. Trotzdem können, wie oben angedeutet, Umstände eintreten, die den Transport eines Armen von der Aufnahmestelle in die Heimatgemeinde zu einer zweckmäßigen Hilfsmäßnahme gestalten und einen Ersatzanspruch nach § 28 begründen könnten, wenn zum Beispiel eine kleine, finanziell schwache Dorfgemeinde den Armen in seine durch die heutigen Verkehrsverhältnisse rasch erreichbare Heimatgemeinde, die eine größere Stadt ist, überführt, wo dem Armen sofort alle notwendige weitere Hilfe am besten geboten wird. Dr. H.

Gut mögen manche Seifen sein,
Besser als Schichtseife keine,
Unübertroffen die eine:



SCHICHT-SEIFE MARKE HIRSCH

Seien Sie vorsichtig, wenn Ihnen Seifen als „auch von Schicht“ angeboten werden. Für Schichtseife bester Qualität bürgt nur der Name Schicht und die Marke Hirsch.

Als Schmidt auf unserer Höhe war, sprach mein Begleiter zu mir etwas an sich belangloses in deutscher Sprache. Schmidt blickte uns scharf an, blieb nach sechs Schritten nochmals stehen, sah sich wieder nach uns um und verschwand dann in der Volksmenge.

Er hat einst in Heidelberg studiert und weist heute noch auf seine Schüsse von den Heidelberger Menzuren. Mit den Farben aus den Wäldern sucht sich Schmidt an den Gassen Räder sein längliches Wohl. So darf er sich wenigstens rühmen, in niemanden Schuld zu stehen. Heute ist er

Weißer Zähne

machen jedes Kind ansehend und schön. Ob Man durch ständiges Putzen mit der herrlich erfindend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste erzielen Sie einen wunderbaren Glanz Ihrer Zähne. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube zu Nr. 4. — Große Tube Nr. 6. — Überall zu haben

der letzte „Bum“, der noch durch die trübe beleuchteten Strohen schleicht, immer mit seinem Wägelchen.

Auf der Bowery, gleich hinter der Spring Street, waren früher die „Bismarckhallen“, ein Sammelplatz und Lieblingsaufenthalt bekannter Bowery-Perönlichkeiten. Berühmt oder berüchtigt unter ihnen war „Ludwig, der Sturmgänger“, der Menschenblut wie Wein getrunken haben soll. Auch Ludwig war ein Dentist und ein hervorragender Bandenführer. Von unterster Figur, mit einem riesigen Kopf ganz voll schwarzer Haare. Seine angewöhnliche Erscheinung erhielt noch ihren besonderen Reiz durch einen großen Doorbüchel, den er auf der Nase trug.

Die „Bismarckhallen“, deren Begründer gleichfalls ein Dentist war, waren dasjenige Lokal, das der Großfürst Alexei von Rußland besuchte, und wo er eine in Rußland gekommene russische Gräfin als Kellnerin wiederkannte. Da sein Herz sich danach sehnte, die Dame mit nach Rußland zu nehmen, so mußte er tief in seinen Geldbeutel greifen, denn sie war noch auf Jahre hinaus an das Lokal gebunden. Und der Besitzer der „Bismarckhallen“ mußte offenbar, wie hoch der Wert einer russischen Gräfin in solchem Augenblicke zu veranschlagen war.

Heute sind die alten Bowerylokale und Keller wie angedorrt. An ihre Stelle sind die „Rum Runners“, die finsternen, geheimnisvollen Buden der Alkoholschmuggler getreten.

R. E. Schröder.

Meteor trifft Auto. In Crotonville (Indiana) schlug ein Meteor in das Vorderfeld eines Autos ein, das der 17jährige Sohn eines Farmers fuhr. Der Fahrer kam mit dem Schrecken davon, während der Motor des Autos von dem Eisenstück durchschlagen wurde. Der Meteor bohrte sich noch einen Viertelmeter tief in die Windschutzscheibe ein. In 14 Meter Entfernung fand man im Vorgarten eines Hauses ein großes Stück des felsigen Meteoriten.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Reform der Arbeitsvermittlung.

Gen. A. Varsch, Leiter der Arbeitsvermittlung in Aulst, sendet uns einen längeren Artikel über die jüngst im Ministerium für soziale Fürsorge stattgefundene Enquete über die Arbeitsvermittlung, welcher Frage angesichts der jetzigen Wirtschaftskrise große Bedeutung zukommt. Wir entnehmen dem Aufsatz folgendes:

Zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfes für die Arbeitsvermittlung hatte das Fürsorgeministerium für den 5. November 1930 eine Enquete veranstaltet, zu welcher alle am Arbeitsmarkt beteiligten Interessentengruppen geladen waren. Der Arbeitsvermittlung kommt eine sehr große Bedeutung zu, wenn sie so eingerichtet ist, daß sie ihrem Grundprinzip nach sowohl für die Gesamtheit wie für den einzelnen als Wirtschaftsfaktor und als Faktor des sozialen Friedens dienen kann. Dazu aber wird die Arbeitsvermittlung erst dann fähig sein, wenn sie in der Lage ist, den gesamten Arbeitsmarkt zu erfassen, alle Vorgänge auf diesem Gebiete zu registrieren und was die Hauptsache ist, den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt innerhalb des eigenen Landes als auch darüber hinaus nach bestimmten und im Interesse der Wirtschaft als auch im sozialen Interesse gelegenen Gesichtspunkte zu regeln.

Das aber kann die Arbeitsvermittlung unter den Umständen, wie sie auf diesem Gebiete in der Fikscholowka heute noch bestehen, nicht — und sie kann es nirgends, wo sie als Spekulationsobjekt so und sozialen Sonderinteressen ausgeliefert ist. Nicht zuletzt auch war es wohl diese unzulängliche Erkenntnis, die auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington im Jahre 1919 zu dem Beschlusse geführt hatte, daß die Arbeitsvermittlung in einem öffentlichen Arbeitsnachweis zu zentralisieren sei. Und um diese Frage hauptsächlich und in erster Linie drehte es sich auch auf der eingangs erwähnten Enquete, wie ganz richtig vom Oberinspektor des Landeszentralarbeitsamtes Herrn Karl Komuel in seiner Rede betont wurde. Denselben Standpunkt verfochten auch schon seit einem Jahrzehnt die Anstaltsleiter der öffentlichen Arbeitsvermittlung, also Fachleute, die eben mehr als sonst jemand tagtäglich wahrnehmen können, wie nachteilig sich der heutige Zustand der Zerstückelung der Stellenvermittlung in wirtschaftlicher wie in sozialer Beziehung auswirkt. Es zeugt eben nur von sehr wenig Einblick und Verständnis für diese Dinge, wenn der Sekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie Herr Dr. Grohmann in dem Weiterbestehen der Zerstückelung der Stellenvermittlung — sozusagen vom Standpunkte des „freien Spiels der Kräfte“ — das Wort redete. Bei

irgendjemanden, der mit arbeitsmarktpolitischen Fragen niemals etwas zu tun hatte, ist es noch verzeihlich, wenn er heute noch der Meinung ist, man solle den verschiedenen Arten der Stellenvermittlung die Möglichkeit belassen, sich im Wege des freien Wettbewerbes zu vervollkommen, weil ein solcher es eben nicht weiß, daß mit einem solchen Konkurrenzkampfe weder der Wirtschaft noch den sozialen Notwendigkeiten gedient ist. Aber der genaute Redner erwies sich auch als Feind der Statistiken — natürlich nur der Arbeitslosenstatistiken — denn als Unternehmensleiter muß er wohl wissen, daß sonst in der Wirtschaft die Statistiken eine sehr bedeutende Rolle spielen. Aber die Arbeitslosenstatistiken nutzen ihm — wie er meinte — an, wie Zahlenfriedhöfe, die man zu nichts verwerten könne. Freilich, höflich wie Aktien lassen sich solche Statistiken nicht verwerten, dafür aber besand man sich doch auch auf keinem Vortrage, sondern im Ministerium für soziale Fürsorge. Besonders aber für die Weiterbelassung der erwerbsfähigen Stellenvermittlung legte Herr Dr. Grohmann eine Lanze ein, die er sich aber aus den sehr reformbedürftigen Requisitionen der Gewerbeordnung bzw. des Gewerbegesetzes geholt hatte. Daß aber wegen der eventuellen Beseitigung der außerordentlichen erwerbsfähigen Stellenvermittlung die Grundlagen des Gewerbebestandes ins Wanken kommen könnten, das glaubt ihm wohl nicht jeder Gewerbetreibende.

Die Anstaltsleiter der öffentlichen Arbeitsvermittlung hatten ihren Standpunkt in der Hauptfrage, um die es sich drehte, in einer sehr kurz aber auch sehr präzis gehaltenen Erklärung zum Ausdruck gebracht. „Die moderne Gesellschaft hat die Pflicht, jedem ihrer Mitglieder das gleiche Recht auf Brot und Arbeit zu sichern. Die Erlangung einer Arbeitsstelle darf nie abhängig sein von einer Partei, Nation, Religion, oder sonstigen Organisationszugehörigkeit und eben so auch nicht von der Zahlungsfähigkeit des Stellensuchenden. Von diesem Grundsatz aus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, daß die gesamte Stellenvermittlung in einem allgemein, öffentlichen und ungenüßlichen Arbeitsnachweis zentralisiert werde.“ Gelänge es, in dieser wichtigsten aller zur Verhandlung gestandenen Fragen eine Einigung im Parlament zu erzielen, so wäre damit jene gesunde Grundlage geschaffen, auf welcher sich dann mit Notwendigkeit alle übrigen von den Anstaltsleitern vorgeschlagenen Reformen durchführen würden.

Wissenschaftliche Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes.

In der wissenschaftlichen Abteilung des Internationalen Arbeitsamtes sind wieder eine Reihe von Studien in Vorbereitung, deren Veröffentlichung demnächst erfolgen wird. Eine davon ist die sogenannte Ford-Erhebung über die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter in den wichtigsten europäischen Industrieböden. Das Internationale Arbeitsamt hofft, die ersten Ergebnisse Anfang 1931 zu veröffentlichen zu können. Eine weitere in Vorbereitung befindliche Studie befaßt sich mit der Frage der „hohen Löhne“ und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung. Ferner steht eine Untersuchung des Problems der Rationalisierung und ihres Einflusses auf die Arbeitsbedingungen kurz vor ihrer Vollendung.

Auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes wird eine Untersuchung über das Schieds- und Schlichtungsverfahren durchgeführt. Ihr wird eine internationale rechtsvergleichende Darstellung der Gesamtarbeitsverträge und der Grundlagen des Arbeitsvertrages im allgemeinen folgen.



Von besonderem Interesse dürfte eine demnächst zu erwartende Schrift über die Wohnungsfrage in Europa sein.

Auf dem Gebiete des Wanderungswesens soll eine neue Wanderungsstatistik veröffentlicht werden. Ferner ist das Amt damit beschäftigt, festzustellen, welchen Einfluß der von der Fremdenrechtskonferenz in Paris aufgestellte Uebernehmensentwurf über die Gleichbehandlung der Ausländer auf die Lebensbedingungen der wandernden Arbeitnehmer haben könnte.

In erwähnen sind außerdem Untersuchungen über die sozialen Auswirkungen in den verschiedenen Ländern; die Alters- und Invalidenversicherung; das Problem der Landflucht, der Arbeitszeit, des Arbeitsvertrages und der Löhne in der Landwirtschaft; die Verhütung von Unfällen bei der Verwendung von Ätzen und die Arbeitsbedingungen der Hafenarbeiter; die Verhütung von Unfällen durch elektrischen Strom; die Arbeitszeit in der Schifffahrt; die Arbeitsbedingungen in Sowjet-Rußland.

